

Folgen einer Entwicklung  
zwischen Wandel  
und Beharrung

## Nach der Medienwende in der DDR

Beate Schneider

Jedes politische System prägt eine charakteristische Medienlandschaft aus. Zumeist historisch bedingt, zeichnet die Organisation von Presse und Rundfunk die wesentlichen gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse nach. Das galt für die alte Bundesrepublik Deutschland und die DDR ebenso, wie das heute für das wiedervereinigte Deutschland gültig ist. Die Umkehrung dieser Prämisse ist weit umstrittener: Wie groß der Einfluss der Massenmedien auf Staat und Gesellschaft ist, oder welchen Beitrag die Medien zur „Konstruktion von Realität“ leisten, entzieht sich einer leichten oder bündigen Antwort. Unumstritten bleibt allerdings, dass die Medien und das jeweilige Mediensystem, also ihre Struktur, ihre Wettbewerbsverhältnisse, ihr redaktionelles Angebot und ihr Publikum, im Prozess der öffentlichen Kommunikation, der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung und der politischen Kultur eine herausragende Rolle spielen. Damit ist die Medienentwicklung nach der Wende in der DDR einerseits die zwangsläufige Folge der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, andererseits aber auch ein Seismograf für Integration, Anpassung oder auch Veränderung in Deutschland.

Das Rundfunkwesen im Nachkriegsdeutschland hat sich über vier Jahrzehnte in ständiger Auseinandersetzung entwickelt: Nach den Prinzipien der Dezentralisierung und Staatsferne schufen zuerst die Alliierten das von den Deutschen nie sehr geliebte Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der medienpolitische

Urknall klingt heute gewaltiger, als es dem damaligen Ereignis wirklich zukam: Private Veranstalter gingen nach knapp vier Jahrzehnten öffentlich-rechtlichen Monopoles erstmals im Rahmen des Kabelpilotsprojekts in Ludwigshafen auf Sendung – fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Erbitterte und ideologiegeladene Diskussionen waren vorausgegangen. Schließlich dauerte es noch Jahre, bis sich alle Bundesländer zum dualen System bekannten und entsprechende Gesetze zur Zulassung privater Veranstalter erließen.

### Medienpolitische Entwicklung

Die Umgestaltung des Medienwesens in der ehemaligen DDR vollzog sich im Vergleich dazu in geradezu atemberaubendem Tempo: Schon sechs Wochen nach dem Fall der Mauer konstituierte sich ein „Runder Medientisch“ zur Vorbereitung eines Mediengesetzes; Anfang 1990 folgte der „Beschluss der Volkskammer über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“. Grundlage für die Neuordnung des Rundfunkwesens war dann mit dem Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 Artikel 36 des Überleitungsvertrages. Darin wurden der frühere „Rundfunk der DDR“ und der „Deutsche Fernsehfunk“ in eine gemeinschaftliche, staatsunabhängige „Einrichtung“ der fünf neuen Bundesländer sowie Ost-Berlins überführt. Unter Leitung des von den Ländern gewählten „Rundfunkbeauftragten“ bildete diese „Einrichtung“ gewissermaßen die Liquidationsgesellschaft zur Auflösung der bisherigen

Rundfunksender im östlichen Deutschland. Für eine bis Ende 1991 befristete Übergangszeit sollte diese Einrichtung die Menschen in Ostdeutschland mit Hörfunk- und Fernsehprogrammen nach den allgemeinen Grundsätzen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks versorgen. Während dieser Zeit sollte den neuen Bundesländern Gelegenheit gegeben werden, eigene Ideen zur künftigen Rundfunkordnung zu entwickeln und zu realisieren.

Auch für die 39 Tageszeitungen der DDR kam der Wandel schnell. Privilegiert waren neben dem SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* vor allem die fünfzehn SED-Zeitungen auf Bezirksebene. Mit einem Anteil von etwa 85 Prozent an der Auflage regionaler Abonnementszeitungen boten nur sie eine regelmäßige, für westdeutsche Verhältnisse allerdings wenig ausgebaute Lokalberichterstattung im Umfang von fünf Seiten pro Woche.

Die Dynamik der Wende hat den ostdeutschen Pressemarkt innerhalb weniger Monate gravierend verändert. Schon Ende des Jahres 1989 lösten sich die meisten Parteizeitungen aus der Bevormundung und Kontrolle durch die herausgebende Partei. Damit wurden sie begehrte Kooperationspartner für große Presseunternehmen aus der Bundesrepublik, die versprachen, den Weg in die Marktwirtschaft zu ebnen. Andere westdeutsche Verlage begannen damit, Zeitungen aus der Bundesrepublik zu liefern. Vor allem im ersten Jahr nach der Wende kam es durch das Engagement von etwa sechzig meist westdeutschen Verlagen teilweise in Kooperation mit ostdeutschen Partnern zu einem deutlich erweiterten Angebot.

Im Frühjahr 1990 schrieb die Berliner Treuhandanstalt die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen zum Verkauf aus. Sie wurden an westdeutsche Großverlage der Zeitungs- und Zeitschriftenbranche verkauft, ohne eine Entflechtung – wie in anderen

Bereichen der Wirtschaft üblich – überhaupt erst einmal zu prüfen. Diese seit jeher privilegierten ehemaligen SED-Zeitungen wurden mit ihren überdimensionierten Verbreitungsgebieten, ihren gegenüber Westdeutschland unvergleichbar hohen Auflagen von teilweise über einer halben Million Exemplaren, mit allen Liegenschaften und ihren Druckereien verkauft. Damit hatten diese Blätter gegenüber ihrer Konkurrenz einen Wettbewerbsvorsprung, der sich auf dem in Deutschland traditionell zur Konzentration neigenden Zeitungsmarkt verheerend auswirkte.

So ist das Mediensystem in den neuen Bundesländern bis heute maßgeblich durch strukturelle Faktoren bei der Neuorganisation bestimmt. Hierbei gaben – spätestens mit dem Tag der Wiedervereinigung – zwei durch staatliche Akte berufene Institutionen den Ausschlag: die Treuhandanstalt, zuständig für die Privatisierung der vormals übermächtigen SED-Presse, und die so genannte „Einrichtung“ für die „Abwicklung“ des ehemaligen DDR-Rundfunks. Beiden Institutionen ist in der Folgezeit Fantasielosigkeit, mangelnde Sensibilität, parteipolitische Schacherei und Versagen vorgeworfen worden. Unerwünschte Nebenwirkungen durch den Rückgriff auf „medienrechtliche Stereotypen“ wurden befürchtet, langfristige „mentale Verwerfungen“ vorhergesagt. Der Verzicht auf Innovationen bei der Medienentwicklung in den neuen Ländern könne sich eines Tages als „historischer Fehler“ erweisen.

### Angleichung im Rundfunk

Im Rundfunk kam es zu einer strikten Angleichung der Systeme. Die „Einrichtung“ unter ihrem „Rundfunkbeauftragten“ Rudolf Mühlfenzel agierte als Liquidationsgesellschaft zur Auflösung des DDR-Hörfunks und -Fernsehens und musste dabei nach politischen Vorgaben der Länder handeln. Bei der Strukturie-

Die Einführung eines neuen Systems wurde sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im privaten Sektor dabei das bundesrepublikanische Modell übertragen.

Dieses duale System hatte sich zwar in den Grundzügen bewährt, galt jedoch bereits Anfang der neunziger Jahre schon in wesentlichen Teilbereichen als nicht mehr zeitgemäß und daher dringend reformbedürftig. Es kam dennoch – vielleicht aufgrund des zeitlichen Drucks – zu einer Kopie westdeutscher Strukturen: Mecklenburg-Vorpommern entschloss sich für den Verbund mit dem NDR. Brandenburg hatte kein Interesse an einer gemeinsamen Anstalt mit dem als dominant gefürchteten Berlin und einem schuldenbelasteten, subventionsbedürftigen SFB und gründete den Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg. Die im Februar 1992 in einem Staatsvertrag in Aussicht genommene enge Zusammenarbeit im Bereich des Rundfunks wurde erst im Jahr 2003 durch die Gründung der gemeinsamen Anstalt Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) realisiert. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schlossen sich zum Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) zusammen. Nahtlos und glatt geriet der Übergang auf die Programme der neuen Anstalten in der Nacht zum 1. Januar 1992. Besonders der Mitteldeutsche Rundfunk ist ein moderner, leistungsstarker Sender mit hoher Akzeptanz: Mit seinem 3. Fernsehprogramm erreicht er die höchste Zuschauerbindung aller dritten Programme in Deutschland.

Auch die Gestaltung des privaten Rundfunks in ausschließlicher Kompetenz der neuen Länder war kaum mehr als eine bloße Kopie von West-Standards. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: An allen der im neuen Bundesgebiet zugelassenen Sendegesellschaften sind gerade die westdeutschen Unternehmen oder Unternehmensgruppen maßgeblich beteiligt, die bereits über große Beteiligungen in der Rundfunklandschaft der alten Bundesländer verfügen. Ebenso wie in

Westdeutschland hält man vorrangig Verlage für die geborenen Radio-Betreiber, obwohl ja gerade sie in den neuen Bundesländern fast ausschließlich Monopolisten in ihrem Verbreitungsgebiet sind und die Konzentration so maßgeblich beschleunigt wird.

Die Verhältnisse haben sich allerdings 2003 gravierend verändert. Die starken Beteiligungen an privaten Radioveranstaltern, die eine Tochter des Verlages Holtzbrinck in den neuen Bundesländern hielt, wurden an RTL verkauft. Der Stuttgarter Konzern wollte im Gegenzug die im Besitz von Gruner & Jahr befindliche *Berliner Zeitung* kaufen. Beim privaten TV allerdings sind die neuen Bundesländer nur „Abstrahlungsbereich“. Bis auf lokale Fenster wurde kein Sender lizenziert. Die privaten Programme sind hier jedoch höchst erfolgreich und beliebt.

Auch wenn die elektronischen Medien der ehemaligen DDR grundlegend umstrukturiert wurden: Die Bezeichnung „Neu“-Ordnung haben diese Anstrengungen nur bedingt verdient: Die Chance zur Innovation im wiedervereinigten Deutschland wurde versäumt.

## Entwicklung im Pressewesen

Ganz anders als beim Rundfunk ist die Entwicklung im Pressewesen durch medienpolitische Abstinenz gekennzeichnet. Die Treuhandanstalt betrieb den spektakulärsten, umstrittensten und folgenreichsten Zeitungsverkauf der deutschen Geschichte. Immerhin ging es – neben dem Zentralorgan *Neues Deutschland*, das heute bei nur noch einem Bruchteil der früheren Auflage von der PDS trotzig am Leben gehalten wird – um die „Filetstücke“ der ostdeutschen Presse: vierzehn profitable Regionalzeitungen.

Die Kritik an der Treuhandanstalt konkretisiert sich bis heute auf die Vergabe- und Auswahlkriterien beim Verkauf der ehemaligen SED-Zeitungen. Die ausschließliche Orientierung an hohen Erlö-

sen und schnellem Verkauf, vor allem das Ausblenden medienpezifischer Besonderheiten haben letztlich dazu geführt, dass ausnahmslos große westdeutsche Zeitungs- und Zeitschriftenverlage zum Zuge kamen. Am folgenreichsten war die Privilegierung leistungsstarker Konzerne. Damit hatten diese Blätter gegenüber ihrer Konkurrenz einen Wettbewerbsvorsprung auf dem in Deutschland traditionell zur Konzentration neigenden Zeitungsmarkt.

### Verspätete Kritik an SPD-Pressesbesitz

Damit allerdings war die Privatisierung der früheren SED-Presse noch lange nicht abgeschlossen. Galt es doch, die Restitutionsansprüche der SPD abzuklären. In einigen der SED-Blätter sah die Partei unmittelbare Nachfolgeorgane von SPD-Zeitungen, die von den Nationalsozialisten enteignet und 1946 durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD an die SED übergegangen seien.

Der Streit endete mit einem Kompromiss: Die SPD erhielt eine stille Beteiligung in Höhe von vierzig Prozent an der *Sächsischen Zeitung* in Dresden zur Abgeltung aller Ansprüche an anderen ehemaligen SED-Titeln. Dass die SPD ihren ohnehin schon ansehnlichen Pressebesitz in Westdeutschland damit noch einmal kräftig aufstocken konnte, hat die Kritik auch erst vor kurzem aufgegriffen, mit einer Zeitverzögerung von knappen zehn Jahren.

Die Zeitungslandschaft im Osten unterscheidet sich deshalb wesentlich von der im Westen: Die Zahl der Ausgaben ist im Verhältnis geringer, die Konkurrenzdichte weitaus niedriger, das lokale Zeitungsmonopol die Regel und der Typ der verlegerisch selbstständigen Lokalzeitung nahezu unbekannt.

### Erbitterter Kampf

Die Presse-Privatisierung der Treuhand hat überall in den neuen Ländern zu einer

Kombination von Marktmacht und Aufnahmhöhe mit Know-how und Finanzstärke aus Westdeutschland geführt. Unter diesen Vorzeichen waren nahezu alle der einst achtzig nach der Wende neu gegründeten Zeitungen in Ostdeutschland zur Aufgabe gezwungen. Wer den erbitterten Kampf überlebt hat – und das sind einige wenige –, kooperiert inzwischen mit einer der großen ehemaligen SED-Betriebszeitungen.

Auf die ehemaligen Parteizeitungen entfallen nun fast 95 Prozent der Gesamtauflage der Abonnementpresse in den neuen Ländern. Ihre Marktstellung ist heute unangefochtener denn je und wurde gegenüber den Tagen der SED noch ausgebaut. Die Staatspartei hatte sich mit einem Anteil von 86 Prozent zufriedengegeben.

### Kaum Überprüfung von Zeitungsjournalisten

Die überwiegend konkurrenzlosen Zeitungen sind zwar dicker, bunter und zweifellos informativer als früher, wiesen aber von Anfang an ein Ausmaß an – auch personeller – Kontinuität auf, wie es wohl in keinem anderen Bereich des politischen und gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland vorzufinden ist. Dass ausgerechnet die alten SED-Organe mit ihrer einst besonderen Rolle im Machtgefüge der DDR und ihrer herausragenden publizistischen Bedeutung in heutiger Zeit fast drei Viertel ihrer früheren Redakteure auch nach der Wende weiterbeschäftigt und die neuen (westdeutschen) Verleger mit wenigen Ausnahmen auf eine Stasi-Überprüfung weitgehend verzichten haben, gab auch der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit Anlass zur Kritik – und sorgte in den Redaktionen selbst bis in jüngste Vergangenheit für einige unliebsame Enthüllungen „in eigener Sache“. Auch wenn solche Enthüllungen heute gerne instrumentalisiert werden, fällt

doch auf, dass bisher nur 35 Journalisten in Verlagen privater Arbeitgeber von der Gauck-Behörde überprüft wurden.

Das Zeitungsgeschäft ist für die großen Verlage allerdings keineswegs einfacher geworden. Im Gegenteil: Seit der Wende haben die einstigen SED-Bezirksorgane im Durchschnitt mehr als zwei Fünftel ihrer Auflage eingebüßt; allein seit Mitte der 90er Jahre beläuft sich das Minus auf rund zwanzig Prozent, und ein Ende des Leserschwunds ist nicht in Sicht. Diese Entwicklung ist nicht nur eine Folge von Bevölkerungsabwanderungen und knappen Kassen, sondern möglicherweise auch eine Reaktion auf als unzureichend empfundene redaktionelle Leistungen.

So werden publizistischen Monopole auf lokalen Märkten für die Verlage zum Fluch: Leser von Monopolzeitungen beurteilen in einer Befragung Mitte der neunziger Jahre „ihr“ Blatt deutlich schlechter als jene, die eine Auswahlmöglichkeit haben. Dies hat gute Gründe. Denn tatsächlich sind die redaktionellen Leistungen von Zeitungen ohne örtlichen Wettbewerber – übrigens auch in Westdeutschland – gerade in den Lokalteilen erheblich schwächer. Etliche Leser in den neuen Ländern halten ihrer Zeitung, offensichtlich nur der Not gehorchend, (noch) die Treue – mangels Alternativen zur lokalen Information.

### Späte Nachwirkungen

Späte Nachwirkungen der Veränderungen der Verlagslandschaft nach der Wiedervereinigung holen uns gerade ein. Schon seit Jahren bemühen sich die großen erfolgreichen Verlage um eine Lockerung des Kartellrechtes in Deutschland. Die Bestimmungen zur Pressefusionskontrolle hatten seit den siebziger Jahren die Pressekonzentration deutlich gehemmt und das Überleben kleinerer selbstständiger Zeitungen gesichert. Ein Referentenentwurf des Ministeriums für

Wirtschaft und Arbeit sieht nun eine Erleichterung für Pressefusionen vor. Von vielen Seiten wird spekuliert, dass diese Initiative im Zusammenhang mit dem bisher vom Kartellamt blockierten Kauf der ehemals (Ost-)Berliner Zeitung durch den Verlag Holtzbrinck zu sehen ist, der auch den (West-)Berliner Tagesspiegel herausbringt. Sollte die Änderung des Gesetzes (GWB) in dieser Form in Kraft treten, so befürchten nicht nur Verleger und Gewerkschaften das Ende vieler für Deutschland so typischen kleineren Zeitungen mit intensiver lokaler Berichterstattung und großer Lesernähe.

### Mediennutzung

Auf dem Medienmarkt der neuen Bundesländer, seinen Strukturen und Anbietern, besonders aber in den Präferenzen des Publikums wirken einerseits DDR-Traditionen fort, andererseits wird die Mediennutzung auch durch die besonderen Lebensbedingungen in den neuen Ländern beeinflusst.

Am deutlichsten sind diese Tendenzen bei den Tageszeitungen zu beobachten. Die großen Regionalzeitungen aus dem Erbe der SED haben durch ein erfolgreiches Marketing ihrer westdeutschen Erwerber eine große Leserschaft (weiterhin) an sich binden können. Die überregionalen (westdeutschen) Qualitätszeitungen finden demgegenüber ein nur verschwindend kleines Publikum.

Diese Unterschiede gelten sogar für Berlin: Im ehemaligen Ostberlin etwa liest jeder Dritte die *Berliner Zeitung*, im Westen Berlins liegt die Leserschaft unter sieben Prozent. Die gleiche Tendenz lässt sich auch bei den Zeitschriften nachweisen. Super-Illu ist das auflagenstärkste Blatt im Osten, westdeutsche Titel aller Gattungen – von den Illustrierten bis hin zu den politischen Magazinen und der Wirtschaftspresse – werden bis heute in den neuen Bundesländern weitaus seltener gelesen.

Dauer und Vorlieben in der Nutzung von Radio und Fernsehen allerdings haben sich in den Jahren nach der Wiedervereinigung in Ost und West immer stärker angeglichen. Einige markante Unterschiede sind jedoch auffällig. In den neuen Bundesländern werden die elektronischen Medien weitaus länger genutzt, jeweils etwa zweieinhalb Stunden und damit rund 30 Minuten mehr. Bevorzugt werden, besonders deutlich beim Radio, inzwischen die privaten Anbieter. Beliebtester Fernsehsender ist RTL.

Dabei sind es aber nicht nur die unterhaltungsorientierten Programmwartungen, die die Menschen in den neuen Bundesländern stärker zu den Privatsendern hinziehen. Großes Interesse besteht auch an Information, die aufgrund des eindeutigen Programmauftrages vor allem von den öffentlich-rechtlichen Programmen erwartet werden dürfte. Eine umfassende Untersuchung zum Fernsehverhalten der Ostdeutschen im Auftrag von ARD und ZDF zeigte allerdings in den neunziger Jahren, dass die öffentlich-rechtlichen Programme insgesamt schlechter bewertet werden und selbst mit ihren Informationsangeboten nicht die Erwartungen der Menschen erfüllen. Bemängelt wird unter anderem ein zu starker „Westblick“ und eine zu starke Vernachlässigung spezifisch ostdeutscher Belange.

Erfolgreich ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit den dritten Programmen des MDR, NDR und ORB. Diese regional ausgerichteten Programme informieren schwerpunktmäßig über das regionale Geschehen, knüpfen an Traditionen des DDR-Fernsehens an und bringen Wiederholungen ehemals beliebter Sendungen. Das offene Ge-

heimnis ihres Erfolges liegt wohl darin, gerade die Menschen in Ostdeutschland anzusprechen, die nach einer Identität suchen.

### Ostdeutsche Nutzerwünsche

Über die Unterschiede in der Mediennutzung zwischen Ost und West lassen sich Vermutungen anstellen. Sicher spielen dabei die unterschiedlichen Lebens- und Freizeitgewohnheiten eine Rolle. Die Westdeutschen haben mehr Möglichkeiten für und stärkeres Interesse an außerhäuslichen Aktivitäten wie Theater, Konzert, Kino, Sport, Disco, Restaurants. In den neuen Bundesländern konzentriert sich das Leben (noch) stärker auf Heim und Familie, weil vielerorts die Infrastruktur für Aktivitäten außer Haus kaum gegeben ist.

Wer mehr Zeit zu Hause verbringt, hört auch häufiger und länger Radio und sieht mehr fern. Aber auch eine besondere Mentalität der Ostdeutschen beeinflusst das Medienverhalten. Unübersehbar ist die Vorliebe für regionale beziehungsweise typisch ostdeutsche Angebote bei Zeitungen, Zeitschriften und bei den elektronischen Medien. Hier spiegelt sich noch immer eine besondere „Befindlichkeit“ eines ostdeutschen Selbstverständnisses – offensichtlich auch eine Reaktion auf die gravierenden Veränderungen nach der Wende.

Offen bleiben muss allerdings, ob und wann sich die unterschiedlichen Erwartungen an die Medien und deren Nutzung angleichen werden. Fraglos ist allerdings, dass die Medien selbst und die Medienpolitik dazu einen Beitrag liefern können. Gerade damit das Publikum selbstbestimmt auswählen kann, ist zumindest eine Vielfalt von Medienangeboten unerlässlich.

**Dieser Ausgabe liegt das Jahresinhaltsverzeichnis 2003 bei.**